

Der Parlamentsaal.

Weiblatt zu den Neuesten Nachrichten.

Montag, den 26. Juni 1848.

Der „Parlamentsaal“ erscheint täglich und wird für jeden folgenden Tag in der Expedition desselben, auf dem Rindermarkt im Caffeter Tillmeh'schen Hause neben der Rosenapotheke, Nachmittags halb 3 Uhr ausgegeben. Abonnements-Preis bis Ende Juni 12 Fr., jeder weitere Monat 9 Fr., einzelne Nummern 1 Fr. — Alle Postämter und Zeitungs Expeditionen nehmen Bestellungen darauf an.

△ Frankfurt, 21. Juni. (Schluß der gestern abgebrochenen Correspondenz.) Jeder Hausvater, fuhr v. Cassaulx fort, ist in seinem Hause relativ allmächtig; auch so in der Nationalversammlung; sie ist nur souverän in Berathung und Feststellung der Reichsverfassung, nicht in Regierungssachen. Ihre Kraft besteht darin, daß sie sich allein an das Recht hält. Wenn ich, schließt der Redner, Wunsches-Gewalt und die Magie die Erde umfesseln zu können, hätte, ich würde Sie an die Idee zu ketten suchen von Kaiser und Reich, für welche die besten Männer Alles hingeben. Er erinnert an Oneisenau, Görres u. s. w. (Ärmlicher Widerspruch.) Dießkau sieht in dem Entwurf nur Courtoisie, die nicht wisse, wo der Zeiger der Weltenuhr stehe. Er will eine provisorische Regierung aus der Mitte der Nationalversammlung; diese soll decretiren, daß der Bundestag aufgehört habe. Man spricht von den vielen Arbeiten des Bundestags. Setzt das Arbeit, den sauern Schweiß des Landmanns verzehren? Er muß fort! (Großes Hallo und Bravo von der Gallerie.) Er gehe weiter als Blum und v. Krüßsler und verlange eine provisorische Regierung aus 5 Mitgliedern, der Nationalversammlung allein verantwortlich. Als in den Märztagen die Throne zertrümmert wurden, da beugten sich die Fürsten unter der Majestät des Volks und suchten Schutz unter seinen Fittigen. Setzt sey man wieder rückwärts gegangen. Allein kennen Sie die Macht, die über die Erde wie Gewittersturm dahinbraust? Das ist des Volkes Macht. Wir brauchen die Regierungen nicht dazu, um die Centralgewalt zu schaffen. Das Vaterland ist in Gefahr — (Lachen auf der Rechten). Wählen Sie eine Regierung, die das schwankende Schiff ergreift. Es thut noth! (Gelächter, Bravo!) Wydenbrugh (Minister aus Weimar) schließt sich nicht dem Antrag Dießkaus an. Die Träger der Revolution sitzen auf allen Seiten des Hauses. Man müsse durch Läuterungen ihrer Ideen die Revolution beenden. Das Volk soll man nicht agitiren, weil man dadurch die Revolution permanent mache, aber am alten Rechte dürfe man auch nicht festhalten. Dahin gehört der Bundestag, der einmal auf dem Standpunkte der Instruktion des Staatenbundes stehe. Neues Unheil stehe von ihm bevor. In einen Vertrag mit den Einzelregierungen könne sich die Versammlung nicht einlassen; nur die Versammlung könne entscheiden. Zudem sey das Vaterland in Gefahr. Deshalb, daß die Versammlung nicht regieren dürfe, müsse die Centralgewalt eine Regierung seyn. Während wir hier sprechen, sprechen anderer Orten schon die Kanonen. Nicht Drei, sondern Eine. Nicht mehr mit dem Particularismus liebäugeln sollten wir. Warum denn über das Provisorium so lange reden? Das Definitivum solle ja erst festsetzen, ob Deutschland eine Monarchie oder Republik werden soll. Für

die nächste Zukunft ein Präsident, ein Staatshaus, eine Volkskammer; nicht alle Fürsten sollen abtreten, aber die Kleinern sollen sich einigen. Das allgemeine Band sey die konstitutionelle Monarchie, nicht die Republik. (Beifall in den Centren.) Venedey will eine starke Regierung, welche die Errungenschaft der Revolution sichere. Es handle sich um die rechte Verständniß der Revolution. Man setzt die Revolution dem Rechtsboden gegenüber. Allein beide Begriffe gehen neben einander. Unterdrücke man den Geist, so kämen die Barricaden. Die Sieger der Barricaden wollen nun immer siegen, die Revolution hört nicht auf. Wenn wir den Gedanken in Deutschland nicht verstehen, so drohen immer wieder Barricaden; sie müssen schwinden, wenn der Geist den Sieg errungen hat. In Berlin und Wien sind die Sieger der Barricaden noch immer voran. In Deutschland hat sich eine Dynastie nach der andern emporgeschwungen, jetzt kommt die Dynastie des Volks. Da sey Rechtsboden vorhanden. So könne man Rechtsboden und Revolution nicht trennen. Den Terrorismus des französischen Convents werden wir nie bekommen. (Stimmen von der Rechten: Zur Sache!) Die wir hier sitzen, täuschen wir uns nicht, die Einen, die hier sitzen, denken aktiv, die andern passiv an die französische Revolution. Den Schrecken werden wir in Deutschland nie haben; in Frankreich war er, weil Frankreich keine Gemeinden, stets 30—40.000 Menschen auf den Beinen hat, die man zu Allem gebrauchen kann. Doch zur Sache: Wie soll die Centralgewalt beschaffen seyn? Mächtig und unverantwortlich. Wenn nicht, so kommt eine gleichsam unterirdische Diktatur. In Amerika ist der Präsident auch größtentheils unverantwortlich. Eins oder Drei. Zwei Adler haben schon Unheil genug geschafft — wie erst noch ein Dritter dazu? Aus der Versammlung soll die Centralgewalt hervorgehen. Ein Redner hat gesagt, dadurch würde die Centralgewalt herabgewürdigt. Gibt es eine Corporation, die ehrenvoller dasteht, als die Versammlung? Wie schwankend sind die deutschen stets wechselnden Ministerien? Einen Fürsten sollen wir wählen? Derselbe wird wenigstens mehr Gewalt und Ansehen haben, wenn er von der Versammlung gewählt wird. Wollen Sie die Macht des Volks nicht aus der Hand geben, so muß dieser Eine hier in der Paulskirche gewählt werden. Am Schlusse vor Postabgang spricht Schmidt aus Mähren für einen Präsidenten.

Δ Frankfurt, 23. Juni. Nach Postabgang wurde gestern ein Schritt in der obschwebenden Frage vorwärts gethan; man hat sich zuletzt über diejenigen Parteien geeinigt, welche mit ihren Anträgen einander entgegenstehen und diese sollten noch sprechen. Zuletzt hatte der alte Arndt verlangt, daß zu ihnen noch einige Weißköpfe gehört werden möchten. Mammen verlangt, daß dieß ins Protocoll aufgenommen werde, was jedoch abgelehnt wird. Venedey will das Wort über den Vorfall am gestrigen Abend; der Präsident verwahrt sich dagegen; die Nationalversammlung will den Redner nicht hören. Der nordamerikanische Consul Grävell zeigte der Nationalversammlung an, daß der nordamerikanische Congress für eine leichtere und gesündere Ueberfahrt der Auswanderer ein Gesetz erlassen hat. Hermann aus München hat das Wort über das bayerische Wahlgesetz. v. Weisler habe die Ansicht ausgesprochen, die in Bayern gewählten Mitglieder hätten das Mandat erhalten das Verfassungswerk mit den Regierungen zu vereinbaren. Davon sey in dem entschiedenen Wortlaute des betreffenden Gesetzes keine Sylbe enthalten. Die bayerischen Abgeordneten, durchdrungen von dem jüngsten Beschlusse bezüglich auf den Beaurefchen Antrag, haben sich in der Mehrzahl geeinigt, gegen die Ansicht

ten Weislers zu protestiren. Kolb aus Speyer verwahrt sich gegen jede Beschränkung durch ein Wahlgesetz. v. Weisler sagt, daß er, was er Mandat genannt, nur theilweise aus dem Wahlgesetz, hauptsächlich aus der Verfassung seines Landes genommen habe. Sehr lebhafter Widerspruch von der Linken. Sitz hat das Wort über die Bildung der provisorischen Centralgewalt. Er spricht für sofortige Auflösung der Bundesversammlung, Bildung der Centralgewalt aus der Nationalversammlung. Da diese eine souveräne Macht ist, da sie das deutsche Volk repräsentirt, so kann der Bundestag neben ihr nicht mehr bestehen. Der Bundestag hat ja selbst mitrevolutionirt, die Fürsten haben sich unterworfen. Darum muß jede bisher im Bundestag bestandene Gewalt aufhören. Dieß sah der Commissionsbericht ein, allein er war zu furchtsam, es auszusprechen. Man sprach von der Verwandlung des Bundestags in einen Staatsrath, in ein beratendes Collegium. Allein wozu? Weil er die Fürsten unterstützen soll? Das mag ein Grund mehr seyn, um ihn zu stürzen. Woher kommt das unwiderstehliche Verlangen nach einer starken Centralgewalt? Weil die Gefahr des Augenblicks da ist. Könnten sie die Fürsten schaffen, sie hätten es gethan. Also kann sie nur die Versammlung schaffen. Nur Eine Stimme hat sich dafür ausgesprochen, die Regierungen allein sollten sie ernennen. Die Versammlung solle sie nicht allein beschließen, sondern auch schaffen. Das deutsche Verfassungswerk schließt eine freie und starke Centralgewalt mit ein; beides darf nicht durch Unterhandlung mit den Regierungen entstehen. Das Volk hat nicht Vertrauen auf die Fürsten, die im Augenblick niedergeworfen sind, sondern nur auf die Nationalversammlung, die aus des Volkes Wahl hervorgegangen sey. Wenn es Eine Macht gäbe in Deutschland, die die Beschlüsse der Nationalversammlung niederzuhalten im Stande wäre, so sey ja die ganze Einheit gefährdet. Man wollte im Entwurf den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen; die bestehenden Verhältnisse sind, daß die Regierungen zwar noch bestehen, daß man ihnen aber nicht gehorcht, daß man sich (wie Hannover) gegen die Beschlüsse der Bundesversammlung auflehnt. Diese bestehenden Verhältnisse können die Nationalversammlung nicht bestimmen, auf ihre Machtvollkommenheit zu verzichten. Wenn die Regierungen den Beschlüssen sich widersetzen, so würde ein Aufruf an das Volk Wunder wirken. Legt diese Machtvollkommenheit in die Hände der Regierungen und ihr erzeugt erst recht Eifersucht und Zwiespalt. Wo anders fände man größere Garantien der Einigkeit des Volks, als innerhalb der von ihm gewählten Versammlung. Ihr soll aber auch die Centralgewalt verantwortlich seyn. Sie soll nicht bloß die Beschlüsse der Nationalversammlung vollziehen, sondern regieren. Aber eben darum muß sie verantwortlich seyn. Wenn wir einen provisorischen Regierungsrath ernennen, so lassen wir die Rechte, die wir selbst besitzen, nur auf Andere übergehen. Sage man, das sey republikanisch, so gestehet er das zu, verwahre sich aber gegen die Vorwürfe, die gemacht würden. Wir lassen jedem Einzelstaate die Freiheit, sich zu regieren, unter welcher Form immer. Wohl aber sey die nach dem Entwurf geschaffene Centralgewalt den Einzelstaaten gefährlich, weil dieselbe unverantwortlich sey. Wolle die Versammlung etwa, ehe sie selbst das Verfassungswerk geschaffen, unter solch' eine Gewalt sich stellen? Redner verlangt 5 Regierungsmitglieder der Centralgewalt. Die Collegialität sey die stärkste Bürgschaft der Gesamtkraft; sie werden sich nicht durch Eifersüchteleien, sondern durch die übernommenen heiligen Pflichten bestimmen lassen. Redner erinnert zum Schluß an die Worte Dahlmann's am Ende seiner englischen Geschichte: Volkssouveränität ist eine Klippe, an welcher sich diejenigen, welche gegen sie an-

rennen, den Kopf zerschellen werden. v. Radowiz macht sich von vorneherein auf den Vorwurf der Reaction gefaßt; Reaction sey, einen untergegangenen Zustand wieder hervorzurufen. Wohl sind hier Personen, die dem alten Königthum treu gedient haben; sie wußten, daß der Polizeistaat dem Rechtsstaate Platz machen müsse. Man wollte Evolution, nicht Revolution. Weil die Evolution nicht statthatte, erfolgte die Revolution. Sie wollten Alle das Wohl Deutschlands, allein auf verschiedenen Wegen; Verschiedenheit der Meinungen schliesse die gegenseitige Achtung nicht aus. (Bravo auf der Linken). Das große Werk würde durch Einhelligkeit sehr gefördert. Einheit oder Vielheit? Für erstere spricht das praktische Bedürfniß, für die Mehrheit die Ueberzeugung, daß eine solche Institution leichter Eingang finden werde. Der zweite Punkt sey die Art der Ernennung. Sollen die Regierungen oder die Nationalversammlung ernennen. Entweder die Regierungen unmittelbar, oder sie bezeichnen und die Nationalversammlung genehmigt, oder die Regierungen schlagen Candidaten vor und die Nationalversammlung wählt. Eben so auf Seite der Nationalversammlung. Die Frage sey, ob die einzelnen deutschen Völker an dieser Wahl Antheil nehmen sollen, oder die National-Versammlung. Die Regierungen sehen Nichts als die Völker. Wenn Eine genannt würde, so würde dies die einzelnen Staaten beleidigen. Es sollten die besten Namen gewählt werden. Man hat viel mehr von der Macht der Versammlung gesprochen; davon wird sie sich nichts vergeben, wenn sie die Regierungen zu Ernennung eines Directoriums ermächtigt. (Schluß folgt.)

**Frankfurt, 22. Juni, Mitternacht. In den Straßen Frankfurts geht es noch lebhaft her; Spaziergänger und Patrouillen durchziehen die Straßen. Man stand im Begriff, dem würdigen Präsidenten von Gagern eine Aagenmusik zu bringen; der Ort, wo die Masse auszog, ist eine große Kneipe. Zwar sagte man, Präsident habe durch die jüngst gelegentlich der Schaffrath'schen Rede gefallenem Aeußerungen, „man müsse wissen, welche Mittel eine Partei in Vollzug zu setzen bereit ist“, seine Popularität verloren. Allein die Sache liegt nach der Ansicht Unterrichteter tiefer. Einer gewissen Partei ist die Popularität von Gagerns, ja die Möglichkeit einer Präsidenten-Candidatur, ein Dorn im Auge. Die liberale Partei nimmt, wenn sie eine Demonstration ausführen will, keine Leute der untersten Schichten zu Hilfe; wohl aber hat man Beispiele, daß andere Einflüsse solche Demonstrationen auf solche Weise hervorrufen. Andererseits wird nicht in Abrede gestellt, daß Präsident von Gagern seiner Stellung gemäß öfter Gelegenheit hatte, sich vorsichtiger zu benehmen. — Heute Abend hörte ich, daß in das Heerlager der bayerischen Abgeordneten Feuer geworfen sey. Sie sind im Begriff, ganz auseinander zu laufen. War eben eine künstliche Geschichte und es ist dem Berichterstatter vielleicht noch vorbehalten, jene magischen Fäden aufzudecken, welche das Gewebe dazu bildeten. An einigen perfiden Subjekten wird die Rache noch fürchterlich seyn, weil sie die Größe, die Ehre eines Stammes aufs Spiel setzten.

Verschiedene Nachrichten.

Aus Lothringen, 20. Juni. Seit einigen Tagen ist in sonst wohl unterrichteten Kreisen wieder stark von der Bildung einer Rhein- und Moselarmee die Rede. Es sollen sich zu diesem Behufe demnächst drei Militärdivisionen in und um Metz versammeln, während eine wieder an der Gränze des Jura als Reserve aufgestellt wurde. Bestätigt sich, daß die russischen Truppenbewegungen sich Deutschland nähern, so wird die Bildung des Rheinheeres nicht lange auf sich warten lassen.

Verantwortlicher Redacteur: H. Schurig. Druck von Dr. C. Wolf in München